

Straßenbauprojekte zerstören Ackerland

Regierungsgruppen zerstörten Ackerland in den Distrikten Taungngu und Pha-pon, als sie mit Straßenbauarbeiten und der Erweiterung eines Militärlagers begannen. Ein Dorfbewohner in Taungngu sagte, private Plantagen und Äcker entlang der Kyauk Kyi Straße seien von den Militärkommandos 21 und 9 zerstört worden. »Sie kamen, bauten ihre Militärlager auf und starteten mit ihren neuen Straßenbauplänen. Einige Anbaugelände in der Gegend, die lokalen Bauern gehören, wurden mit Bulldozern zerstört«, so ein Dorfbewohner, der anonym bleiben wollte.

Im Distrikt Pha-pon flohen Dorfbewohner aus Angst vor einer neuen Offensive tiefer in den Dschungel, als die Regierungstruppen mit den Straßenarbeiten begannen. Das Ziel der neuen Straßenprojekte könnte sein, die Truppenmobilisierung zu unterstützen und Versorgungsrouten zu schaffen, damit sie in den von der Karen National Union (KNU) kontrollierten Gebieten weitere Offensiven starten können, so die Meinung der Dorfbewohner.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 23.1.2008

Hollywood entdeckt Burma

Der vierte Film aus der Serie des Kriegsveteranen »Rambo«, mit Hollywood Star Sylvester Stallone als 61-Jährigem, der in den burmesischen Dschungel geht, um westliche Missionare zu befreien, hatte im Januar Weltpremiere. Viele burmesische Demokratie-AktivistInnen glauben, dass es vier Monate, nachdem die blutige Niederschlagung von Pro-Demokratie-Demonstrationen international Schlagzeilen gemacht hat, eine gute Zeit für den Film ist. Obwohl der Charakter »Rambo« unpolitisch ist, werden sich viele

Burmesen den Film ansehen und hoffen, dass er der Burma-Frage wieder Aufmerksamkeit verschafft.

Einige Hollywood-Stars haben kürzlich Interesse an der Burma-Krise gezeigt. Burma ist nun ein heißes Thema in Hollywood. Das führende US-Unterhaltungsmagazin »Variety« hat kürzlich berichtet, dass das Leben der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi Thema eines neuen Films mit dem Titel »The Lady« sein soll. Der Film soll die Zeit nach ihrer Rückkehr 1988 bis heute umfassen.

vgl.: Irrawaddy, 25.1.2008

Junta hat keine Pläne für politischen Wandel

Burmas Demokratie-Führerin Aung San Suu Kyi benutzte einen seltenen Moment der Freiheit in dem militärregierten Land, um asiatische Regierungen aufzufordern, sich von den Versprechungen vom politischem Wandel nicht einlullen zu lassen. Sie sei nicht zufrieden mit ihren Gesprächen über die politische Krise mit dem Verbindungsoffizier der Junta, Arbeitsminister Aung Kyi. Am beunruhigendsten sei das Fehlen einer Zeitvorgabe. »Wir sollten das Beste hoffen und das Schlimmste annehmen«, so Nyan Win, Sprecher der Nationalen Liga für Demokratie (NLD).

Suu Kyis Treffen mit Aung Kyi waren das Ergebnis des internationalen Drucks auf die Junta, nach der brutalen Niederschlagung friedlicher Demonstrationen. Die beiden haben sich fünfmal getroffen. Der Ton hat sich verändert. Vergangenen November hatte Aung San Suu Kyi die Gespräche noch als konstruktive Entwicklung begrüßt. Jetzt offenbart sie das Spiel der Junta: Wenig anbieten in den Gesprächen, sie aber doch weiterführen, um weiterhin so zu tun, als meine man es ernst mit den Verhandlungen.

vgl.: Inter Press Service, 31.1.2008

Burma unter Belagerung

Nach den Demonstrationen im September 2007 hat die burmesische Junta die Kontrolle über Oppositionsgruppen und Aktivisten wieder erlangt. Ob sie dadurch jedoch eine stärkere strategische Position hat, bleibt zweifelhaft. Eine Serie von Bombenanschlägen in den vergangenen zwei Wochen zeigt: Die Sicherheitsfrage birgt entweder immer noch Risiken für das Militär oder die Junta ist selbst für die Anschläge verantwortlich.

Es gab vier Explosionen in einer Woche, bei denen mindestens drei Menschen ums Leben kamen. Die Junta machte die *Karen National Union* (KNU) und eine nicht genauer benannte »ausländische Organisation« verantwortlich, »terroristische Saboteure mit Sprengstoff über die Grenze zu schicken, um zerstörerische Akte im Land zu begehen.« Beobachter glauben, dass es sich dabei um eine Anspielung auf den amerikanischen Geheimdienst CIA handelt.

Sowohl Oppositionsgruppen als auch Medien nannten die Anschuldigungen lächerlich. Die KNU wies außerdem jede Verantwortung zurück. Die Opposition spekuliert, dass das Regime selbst hinter den Anschlägen stecken könnte, in der Hoffnung, einen Grund für weiteres Vorgehen gegen Demokratie-AktivistInnen und die KNU zu schaffen.

vgl.: Irrawaddy, 26.1.2008

Reaktionen auf Ankündigung von Wahlen

Oppositionelle Gruppen im In- und Ausland lehnen die Ankündigung von Wahlen durch das Militär ab. Sie werfen der Militärregierung vor, das Referendum und die neue Verfassung einzig für die Verlängerung der Militärherrschaft nutzen zu wollen. Statt dessen sollte die Junta Gespräche mit Aung San Suu Kyi und Repräsentanten ethnischer Gruppen führen. Die 88er-Studentengeneration und die All Burma Monks Alliance riefen zum Boykott des Referendums auf.

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon forderte, den verfassunggebenden Prozess inklusiv, unter Mitbestimmung und transparent zu gestalten. Die Militärführung solle mit Aung San Suu Kyi und allen politischen Parteien in einen zeitgebundenen, substantiellen Dialog eintreten. Er forderte auch einen baldigen Besuch seines Sonderbeauftragten Ibrahim Gambari in Burma.

Die Europäische Union rief zu einem Prozess auf, der die volle Teilnahme von Opposition und ethnischen Gruppen beinhaltet und forderte in diesem Zusammenhang die Freilassung von Aung San Suu Kyi und allen politischen Gefangenen. Ebenso forderte sie zum Dialog mit allen politischen Interessenvertretern und die baldige Wiedereinreise des UN-Sondergesandten Gambari auf.

Die USA verurteilten die Ankündigung und warfen dem Militärregime einen »Mangel an Ernsthaftigkeit« vor, da oppositionelle Stimmen bereits vor dem Referendum ausgeschlossen worden seien. Der Prozess sei exklusiv und nicht transparent.

Die ASEAN und Singapur, das zurzeit den ASEAN-Vorsitz innehat, begrüßten die Ankündigung und die Vorgabe eines Zeitplanes. Auch Russland unterstützte die Ankündigung.

vgl.: AP 10., 11.2.; BBC 19.2.; Inter-Press Service 12.2.; Mizzima News 18.2.08

Suu Kyi gewinnt weiteren Preis

Die burmesische Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi hat einen spanischen Preis für ihren Einsatz für politische Versöhnung bekommen. Der Preis, »Abogados de Atocha«, benannt nach zwei Opfern des rechtsradikalen spanischen Terrorismus, wurde in Toledo an Bo Hla Tint, einen Repräsentanten Aung San Suu Kyis und Mitglied der Nationalen Koalitionsregierung

der Union von Burma, der burmesischen Exilregierung, übergeben. Das regionale Castilla-La-Mancha-Auswahlkomitee erklärte, es wolle damit zeigen, dass das spanische Volk den Kampf des burmesischen Volkes nicht vergessen habe und sich solidarisch zeige.

vgl.: Irrawaddy, 14.1.; Burma Net News, 24.1.2008

Rebellenführer ermordet

Mahn Sha, Generalsekretär der Karen National Union (KNU), wurde am 14. Februar in seinem Haus in Mae Sot, Thailand, erschossen. Wer das Attentat an dem 64-jährigen ausgeübt hat, ist ungeklärt. Die größte Rebellenorganisation in Burma hat seit dem Tod ihres charismatischen Führers General Bo Mya im Dezember 2006 mit großen inneren Spannungen zu kämpfen. Im vergangenen Jahr spaltete sich die 7. Brigade als KNU/KNLA Peace Council unter Generalmajor Htain Maung ab und schloss einen Waffenstillstand mit dem Militärregime, was als Schlag gegen die Karen-Führung angesehen wurde.

In der jüngsten Vergangenheit hatten sich Angriffe und Mordversuche zwischen KNU und dem KNU/KNLA Peace Council gehäuft.

Andere vermuten, das Attentat könnte von der Democratic Karen Buddhist Army ausgegangen sein, die sich 1994 von der KNU abgespalten und mit dem Militärregime verbündet hatte. Wieder andere Gruppen beschuldigen das Militärregime, für Mahn Shas Tod verantwortlich zu sein.

Beobachter werten das Attentat als schweren Schlag nicht nur für die KNU sondern die gesamte Demokratiebewegung

vgl.: Irrawaddy 14., 16.02.08

Referendum und Wahlen angekündigt

Die burmesische Militärregierung hat für Mai 2008 ein Verfassungsreferendum angekündigt und für das Jahr 2010 eine Parlamentswahl in Aussicht gestellt. Damit legte die Militärregierung erstmals einen Zeitplan für ihren Siebenstufen-Plan zur Demokratisierung vor.

Die Richtlinien für eine Verfassung wurden im September vergangenen Jahres nach 14 Jahren von der verfassunggebenden Nationalversammlung verabschiedet, eine Kommission erarbeitet einen Verfassungsentwurf, über den im Mai abgestimmt werden soll. Inzwischen hat die Militärregierung verkündet, dass der Entwurf für eine neue Verfassung fertiggestellt

sei. Danach würde Aung San Suu Kyi nicht für das Präsidentenamt kandidieren dürfen, da sie mit einem Briten verheiratet war und der Verfassungsentwurf eine Klausel vorsieht, laut der niemand für das Präsidentenamt infrage kommt, der »Rechte und Privilegien eines ausländischen Staates« genießt. Unklar ist auch, ob ihre Partei, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), an den Wahlen teilnehmen werden kann.

Die letzten freien Wahlen im Jahr 1990 hatte die NLD gewonnen. Das Ergebnis wurde jedoch niemals anerkannt. Die Verfassung von 1974 ist seit 1989 außer Kraft.

vgl. AFP 9.2.2008